

**UZ**Unsere Zeit  
Zeitung der DKP

Dezember 2015

# notizen

aus Bottrop und Kirchhellen

Eine Sparkasse, die sich selbst einspart??

## Gegen die Schließung der Sparkassen in Bottrops Süden

Die Sparkasse Bottrop will die Zweigstellen im Bottroper Süden zum Jahresende schließen. Vor dem Aus stehen die Filialen an der Prosperstraße, Gungstraße, Essener Straße und am Ostring. Die Sparkasse ist allerdings keine Geschäftsbank wie die Deutsche Bank, sondern eine hundertprozentige Tochter der Stadt Bottrop. Die Schließung wurde im Verwaltungsrat der Sparkasse entschieden. Ihm gehören Ratsmitglieder von SPD, CDU, ÖDP und den Grünen an, Vorsitzender ist Oberbürgermeister Tischler.

Die Sparkasse hat eine soziale Verpflichtung gegenüber ihren 65.000 Kunden. Ihr Motto ist: „Den Menschen ein verlässlicher Gestalter vor Ort“ zu sein. Dem widersprechen die geplanten Schließungen: Besonders ältere und kranke Menschen sind auf eine Sparkassen-Filiale in ihrer Nachbarschaft mit Beratungsangebot angewiesen. Homebanking ist für diese Kunden keine Alternative und der Weg zur Hauptstelle am Pferdemarkt viel zu weit. Mit den Schließungen der Zweigstellen droht der Bottroper Süden weiter zu veröden. Auch die örtlichen Geschäftsleute befürchten mit den Schließungen ein langsames Ausbluten der Stadtteile. Mit dem Wegfall von Sparkassen Filialen droht das Ende für weitere Geschäfte im Süden.

Bankautomaten oder das Angebot der Sparkasse, per Geldboten das benötigte Bargeld nach Hause zu lie-

fern, sind kein Ersatz für den Wegfall der Filialen. Die Empörung der Kunden ist daher riesengroß! Fast 4.000 Kunden haben einen Protestbrief an den Vorstand der Sparkasse unterschrieben. Sie fordern den Erhalt aller Zweigstellen im Bottroper Süden. Die DKP unterstützt den Protest und fordert die Ratsmitglieder im Verwaltungsrat der Sparkasse auf, ihren Beschluss zum Aus der Filialen rückgängig zu machen!

**Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020**

### Politiker tauchen ab

Die Entscheidung über die Schließung der Sparkassenfilialen wurde im Verwaltungsrat der Sparkasse von zehn gewählten Ratsmitgliedern aus SPD, CDU, ÖDP und Grünen getroffen. Bisher hat nur die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Ratsfrau Swoboda, im Rat die Schließung als notwendig bezeichnet. Alle anderen Politiker und ihre Parteien schweigen öffentlich zum Thema. Sie hoffen, dass dieser Kahlschlag

möglichst schnell von den betroffenen Bürgern vergessen wird. Auch Bezirksbürgermeister Kucharski hat sich bisher nicht öffentlich für den Erhalt der Zweigstellen eingesetzt.

### Fürstliches Gehalt

Der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Thomas Schmidt, kann sich über ein fürstliches Gehalt freuen. Sein Verdienst beträgt 330.000 Euro pro Jahr! Diese Summe muss letzten Endes von den Kunden der Sparkasse aufgebracht werden.

Sprechstunden  
der  
DKP-Rats-  
gruppe:

Montag &  
Donnerstag  
15.00 -  
17.00 Uhr  
im  
DKP-Büro  
Germania-  
straße 54

Telefon:  
688 157

\*

Internet:  
[www.dkp-bottrop.de](http://www.dkp-bottrop.de)



**Nicht nur - aber auch - DKP-Mitglieder beteiligten sich an der Sammlung von Unterschriften gegen die Schließung der Sparkassenfilialen im Bottroper Süden**

**Spardiktat endlos**

# Kein Ende mit Kaputtsparen!!

Alle Jahre wieder bei der Etatberatung: Es soll gespart werden - obwohl eigentlich alle wissen, dass das nicht geht! Das Spardiktat „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ sorgt dafür, dass Bottrop immer mehr kaputtgespart wird. Am deutlichsten ist dies am Zustand der Straßen zu spüren. Seit Jahren wird nur ein Drittel der notwendigen Finanzen für den Unterhalt verwendet. Notwendige Reparaturmaßnahmen werden daher immer teurer, weil die Straßen noch kaputter sind – falls das möglich ist. Die Infrastruktur wird auf Verschleiß gefahren.

Gleichzeitig wird aber auch der Schuldenstand der Stadt immer größer! Damit wird der nachwachsenden Generation eine marode Infrastruktur und gleichzeitig ein immer größerer Schuldenberg hinterlassen!

Im Bottroper Süden wachsen über 30 Prozent der Kinder in Armut auf. Selbst bescheidende Möglichkeiten der Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben wurden armen Menschen in unserer Stadt genommen.

Beispiele dafür, dass vom Spardiktat besonders arme Menschen getroffen werden, sind die Streichung des Bottrop-Passes und beim Zuschuss für das Mittagessen in den Ganztagschulen.

Gleichzeitig werden die Erhöhungen der kommunalen Gebühren immer drastischer. Betrug die Grundsteuer B im Jahr 2010 noch 530 Punkte, so soll sie ab 2018 auf 730 Punkte angehoben werden. Dies ist eine Steigerung um 38 Prozent und betrifft insbesondere die Mieter in unserer Stadt, denn die Vermieter werden die Steuererhöhungen auf die Kosten umlegen!

Lesen Sie dazu die Seite 8 mit Hinweisen für Mieter!

Die DKP fordert den Ausstieg aus dem Spardiktat und die Rücknahme der Maßnahmen aus dem „Stärkungspakt Stadtfinanzen“. Statt immer stärker den Geldbeutel der kleinen Leute zu schröpfen, fordert die DKP, die Gewerbesteuer zu erhöhen. Sie ist in den letzten 15 Jahren in Bottrop nicht gestiegen.

Michael Gerber, Tel.: 96227

### DKP Alternativen zum Spardiktat:

- **Gewerbesteuer:** Anhebung von 490 auf 510 Punkte

- **Grundsteuer B:** Senkung von jetzt 590 auf 490 Punkte

- **Fonds Deutsche Einheit:** Keine Zahlung der 2.485.000 Euro Kassenkredite der Banken: Schuldenerlass zu Lasten der Banken

- **Einführung einer Weihnachtsbeihilfe** entsprechend der früheren Regelung für Sozialhilfeempfänger

- **10-Millionen-Programm für den sozialen Wohnungsbau** Schaffung von mehr Ausbildungsstellen bei der Stadtverwaltung

- **Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze bei der Stadtverwaltung** und damit Abschaffung der 1,50-Jobs bei der Stadt

- **Rücknahme der Fremdvergabe von Reinigungsarbeiten in den städtischen Gebäuden und Schulen**

**Erklärung der DKP**

# Zu den Anschlägen in Paris und ihren Folgen

**Wir trauern um die Opfer der Anschläge in Paris und mit ihren Angehörigen. Wir verurteilen diese Terroranschläge. Wir verurteilen aber auch die Heuchelei der herrschenden Politik.**

Es ist Heuchelei, wenn die Opfer von Paris für Bombardierungen, Kriegshetze und Demokratieabbau missbraucht werden, während die Opfer von Odesa, Istanbul, Ankara und Beirut und die abertausenden Opfer von Kriegen wie in Syrien, Libyen und Irak schnell vergessen oder gar nicht erst erwähnt werden.

Es ist Heuchelei, wenn im Bundestag der sogenannte Volkstrauertag zur Kriegstreiberei benutzt wird, statt Schluss zu machen mit Rüstungsexporten und Kriegseinsätzen der Bundeswehr.

Wenn Bundespräsident Gauck nun die Terroranschläge gar als „Krieg“ bezeichnet, dann wird die Gefährlichkeit der Situation deutlich. Denn der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ diente den führenden imperialistischen Ländern für ihre Angriffe auf die territoriale Integrität des Irak, von Libyen und von Syrien, zerstörte tausende Städte und Dörfer, brachte Millionen um ihr Hab und Gut, forderte zehntausende Todesopfer.

An diesen Kriegen verdienen

die Imperialisten Milliarden. Sie schaffen den Nährboden, auf dem Terrororganisationen wie der IS wachsen, sie machen Millionen Menschen zu Flüchtlingen und stürzen insbesondere Millionen junger Menschen in absolute Hoffnungslosigkeit.

Das sind die wahren Hintergründe der Terroranschläge, die jetzt missbraucht werden sollen zu weiterer Kriegstreiberei und Demokratieabbau. Die EU diskutiert über weitere Abschottung der Grenzen, weitere Vernetzung der Geheimdienste, mehr Geld und Rechte für staatliche Repressionsorgane. Jetzt sollen die Flüchtlinge an den Grenzen gestoppt und interniert werden.

In Frankreich wird sogar über elektronische Fußfesseln für all diejenigen nachgedacht, die in den „Terrordateien“ der Geheimdienste vermerkt sind.

Und in Deutschland schüren Spitzenpolitiker der Großen Koalition und einige Medien Terrorrängste und Flüchtlings- und Ausländerfeindlichkeit und besorgen das Geschäft für Pegida, AfD, NPD und andere reaktionäre und offen faschistische Organisationen.

Wir müssen deshalb den Herrschenden in unserem Land und in den anderen imperialistischen Staaten in die Arme fallen.

Wir brauchen eine starke Friedensbewegung, wir brauchen einen Kampf gegen Demokratieabbau und Rassismus. Wir brauchen endlich energische Maßnahmen gegen Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Altersarmut. Für Inländer und für Einwanderer.



### Impressum

**Ich möchte...**

- Informationen über die
- Einladungen zu den
- Mitglied werden.

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

**Herausgeberin: DKP-Ratsgruppe im Rat der Stadt**

V.i.S.d.P.: Michael Gerber, Germaniastr. 54, 46236

☒ s.o. ☎ 68 81 57

E-Mail: dkp-bottrop@t-online.de

www.dkp-bottrop.de

**Keine Bebauung**

## Erfolg: Grünfläche Möddericher Straße bleibt

Die Anwohner der Möddericher und der Korzmannstraße haben gemeinsam mit der DKP den Erhalt der Grünfläche gefeiert. Seit 2007 setzen sich die Anwohner, unterstützt von der DKP, für den Erhalt der innerstädtischen Grünfläche ein.

Gerade im Bottroper Süden ist diese grüne Oase bedeutsam für das innerstädtische Klima. Zahlreichen Vögeln, Kleintieren und Pflanzen dient die Grünfläche als Lebensraum. Mit Zustimmung von Grundstückseignern nutzen Mieter diese Fläche teilweise als Gartenland mit Gartenhäusern und einem Taubenstall. Im August hatte der Planungsausschuss beschlossen, die Pläne zur Bebauung einzustellen.

Mit Unterschriftensammlungen, engagierten Diskussionen auf einer Bürgerversammlung sowie der Teilnahme an den Beratungen der Bezirksvertretung Süd und des Planungsausschusses zu diesem Thema hatten sich die Anwohner gegen die Aufstellung eines Bebauungsplanes gewehrt. Die DKP hatte die Anwohner immer wieder mit Handzetteln informiert und durch gemeinsame Beratungen unterstützt. Die Anwohner bedankten sich bei der DKP für die jahrelange Unterstützung. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Dieser langjährige Kampf gegen die Vernichtung innerstädtischer Grünflächen zeigt, dass Bürger sich auch erfolgreich gegen die Aufstellung von Bebauungsplänen wehren können. Das ist ein Grund zum Feiern!“

Günter Ziemmek, Tel.: 0157 70347922

**Ein Jahr Brücke Lütkestraße**

## Erst fegen - dann feiern



Vor einem Jahr wurde endlich die Brücke Lütkestraße wieder fertiggestellt. Drei Jahre lang hatten sich die Bürger, unterstützt von der DKP, nach dem Abriss für einen Neubau der Brücke eingesetzt. Eine neue Errichtung der Brücke war zunächst von der Verwaltung aus finanziellen Gründen nicht geplant. Jetzt wurde das einjährige Bestehen der Brücke von vielen Anwohnern, gemeinsam mit der DKP, bei Getränken und Würstchen gefeiert. Vor dem Fest halfen Michael Gerber und Günter Ziemmek von der DKP den Nachbarn beim Säubern. Die Bürger sind mit Recht stolz auf ihren Erfolg!

**Korruption bei der städtischen Baugesellschaft**

## Bestechungsgeld für CDU-Mann zurückfordern!

Bereits in der Ausgabe vom Juni hatten die NOTIZEN berichtet, dass der ehemalige Prokurist der städtischen Gesellschaft für Bauen und Wohnen Bottrop (GBB), Helmut Schäfer, bis 2014 für die CDU Mitglied im Bau- und Verkehrsausschuss der Stadt, durch das Landgericht Essen wegen gewerbsmäßiger Bestechlichkeit zu einer einjährigen Bewährungsstrafe sowie einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt worden ist.

Die Verhandlungen vor dem Landgericht Essen machten deutlich, dass bei der GBB Bestechungszahlungen an der Tagesordnung gewesen sind. Das Gericht kam in der mündlichen Urteilsbegründung zu der Schlussfolgerung: Es gibt einen Sumpf bei der GBB! Die internen Kontrollmaßnahmen durch deren Geschäftsführer sowie den Vergabeausschuss mit Ratsvertretern der SPD und der CDU haben völlig versagt. Die Essener Staatsanwaltschaft bezeichnete die nachgewiesenen Fälle der Bestechung als eine „Schneeflocke auf der Spitze des Eisberges.“

Es gab ein Kartell von Baufirmen, die bei der Auftragsvergabe berücksichtigt wurden. Dafür erhielt der Prokurist Schäfer vier Prozent des Auftragsvolumens als Bestechungsgeld. Damit die beteiligten Firmen „günstige Angebote“ abgeben konnten, gab es zwischen der Ausschreibung und den verbauten Materialien große Abweichungen. Die Abweichungen waren den am Kartell beteiligten Unternehmen bekannt. Teilweise wurden berechnete Leistungen auch einfach nicht erbracht. Dies betraf z. B. Brandschutzmaßnahmen. Die Kontrolle bei der Bauausführung war in der GBB schlechter als in einem Tante-Emma-Laden.

Die von der GBB durchgeführten Modernisierungsarbeiten wurden später auf die Miete angerechnet. Die GBB darf elf Prozent der Modernisierungskosten nach Abschluss der Arbeiten auf die Jahresmiete aufschlagen. Die Mieter haben bei Modernisierungsarbeiten eine Duldungspflicht, wenn die Arbeiten der Verbesserung der Mietwohnung dienen bzw. Kosten bei Heizung oder Wasser eingespart werden. Bei den Gewerken Heizung, Lüftung und Sanitär sind bei neun Baumaßnahmen zwischen 2007 und 2011 ca. 54.000 Euro an Bestechungsgeldern geflossen. Elf Prozent dieser Bestechungsgelder (ca. 6.000 Euro) wurden später durch die GBB den Mietern mit den Modernisierungskosten auf die Miete aufgeschlagen. Damit bezahlen die Mieter die Bestechungsgelder für den Sumpf bei der GBB!

Die Mieter können bei der GBB eine Neuberechnung der Kosten für die Modernisierungsarbeiten ohne die vier Prozent Bestechungsgelder verlangen. Die GBB muss zu viel gezahlte Mieten zurückerstatten, wenn die dreijährige Verjährungsfrist noch nicht verstrichen ist. Gleichzeitig müssen die aktuellen Mieten den tatsächlich entstandenen Modernisierungskosten angepasst werden.

Mieter können sich in der Bürgersprechstunde der DKP über ihre Rechte beraten lassen.

Irmgard Bobrzik, Tel.: 62020

### Übrigens:

**Diese NOTIZEN-Ausgabe wird aus Spenden finanziert – wie jede andere vorher auch. Unsere Kontonummer: 7112 bei der Sparkasse Bottrop**

## Riskante Wege für Kindergartenneubau

Bisher hatte die Stadt die eigenen Kindergärten auch auf eigenem Boden errichtet. Damit ist es seit einiger Zeit vorbei. Bei dem Kindergarten in der Zeppelinstraße wurde dazu übergegangen, den städtischen Grund an Bottrops Großeigentümer Oliver Helmke zu verkaufen und auch über diesen den Kindergarten neu zu errichten. Die Stadt mietet diesen anschließend teuer von Helmke zurück.

„Das soll die Blaupause für den zukünftigen Kindergarten ausbau der Stadt werden“, sagte Herr Trimborn, Leiter des städtischen Fachbereichs für Jugend und Schule. Dies ist ein klassisches PPP-Projekt (Public Private Partnership). So werden Vorhaben genannt, bei denen der Staat bzw. die Stadt ihre Aufgaben durch einen privaten Investor betreiben lässt. Unterm Strich kommt es der Stadt teurer, da der Investor mit diesen Geschäften ja kräftig Gewinn machen will. Am Quellenbusch ist die Stadt schon Mieterin bei Helmke. Auf dem Eigen und in der Boy wird nach Grundstücken für den Neubau von Kindergärten gesucht, um sie Investoren anzubieten.

In Kirchhellen, im Tappenhof, soll jetzt nach dem gleichen Muster ein Montessori-Kinderhaus errichtet werden, als Ersatz für den bisherigen Kindergarten an der Horsthofstraße. Der Kindergarten an der Robert-Brenner-Straße soll ebenfalls im Rahmen eines Investorenmodells neu errichtet werden. Die katholische Kirchengemeinde St. Johannes in der Boy an der Klosterstraße sucht ebenfalls nach einem Investor für einen Neubau, Betreiber des Kindergartens soll der katholische KiTa-Zweckverband werden. Die DKP kritisiert scharf diesen Weg, den die Stadt jetzt eingeschlagen hat. Die städtischen Grundstücke werden verkauft und anschließend ist die Stadt nur noch Mieterin. So wird Stück für Stück öffentliches Eigentum der Stadt an Immobilien-Haie verschertelt. Mit der Finanznot der Stadt verdient sich Oliver Helmke eine goldene Nase. Der Stadt kommt dieser Weg noch teuer zu stehen!

Manfred Plümpe, Tel.: 94135

### Demokratie??

## DKP gegen neue Sperrklausel bei Wahlen

Erst musste die sogenannte „Fünf-Prozent-Hürde“ abgeschafft werden, jetzt soll sie in leicht abgewandelter Form bei den Kommunalwahlen wieder eingeführt werden. Die DKP lehnt die Pläne von SPD, CDU und Grünen für eine Sperrklausel ab.

Sie bedeutet einen weiteren Abbau der kommunalen Demokratie und fördert die Politikverdrossenheit bei den Bürgern. Mit der Änderung des NRW-Kommunalwahlrechtes wollen sich die Landtagsparteien nur ihre kommunale Machtbasis in den Räten langfristig absichern. Stattdessen ist die Politik vielmehr gefordert, dafür zu sorgen, dass die immer geringere Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent bei den Kommunalwahlen wieder erhöht werden kann.

Herbert Dibowski, Tel.: 33855

### Hohe-Heide-Siedlung

## 3. Winter ohne Heizung



Die Bewohner der Häuser 20 bis 24 an der Straße Hohe Heide sind bereits im dritten Winter ohne eine warme Wohnung. Zwei Eigentümer, denen mehrere Wohnungen in dem Mietshaus gehören, sind spurlos verschwunden. Die Mieter sind die Leidtragenden. Trotz eines Gerichtsurteils können sie ihr Recht auf eine beheizte Wohnung nicht durchsetzen, da die Eigentümer nicht auffindbar sind.

Die Mieter werden inzwischen als Drittschuldner zur Kasse gebeten, sowohl von der Heizungsfirma wie auch von der Stadt, da z.B. die Grundsteuer B nicht bezahlt wird. Die Mieter haben sich zur Unterstützung an die DKP gewandt. Die Stadt hat nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz die Möglichkeit einen Zwangsverwalter einzusetzen oder auch zu enteignen.

Es ist ein Skandal, wenn Mieter skrupellos der Willkür von Vermietern ausgesetzt sind – und es bleiben!

### „Betriebskosten“ bei der Miete

## Was darf der Vermieter anrechnen?

Immer wieder gibt es ein böses Erwachen, wenn die Betriebskostenabrechnung ins Haus flattert: Denn aufgepasst, jede dritte Abrechnung ist falsch, da heißt es, besser nachprüfen, als zu zahlen.

Als Betriebskosten gelten:

Die Grundsteuer, die Kosten für Wasserversorgung, Abwasser, Straßenreinigung und Müllbeseitigung, Hausreinigung, Gartenpflege, Hausbeleuchtung und Schornsteinreinigung sowie die Kosten für Sach- und Haftpflichtversicherung. Die Heizkosten sollten gesondert abgerechnet sein.

Bei Ungereimtheiten in der Abrechnung können Sie Einsicht der Belege von Ihrem Vermieter fordern. Allerdings ist er nicht verpflichtet, Ihnen Kopien zu schicken, sondern Sie haben die Möglichkeit, falls Ihr Vermieter Ihnen die Kopien verweigert, die Belege vor Ort einzusehen und eventuell Kopien davon zu machen.

Bei Unstimmigkeiten ist es immer ratsam, sich einen Rechtsbeistand zu holen oder einen Mieterverein aufzusuchen, der Ihnen bei Fragen mit Rat und Tat zu Seite steht.

**Willkommenskultur braucht Willkommensstruktur**

# DKP fordert Flüchtlingsaktionsplan

**Die DKP-Ratsgruppe beobachtet mit großer Sorge die Auswirkungen der Unterbringung von Flüchtlingen in Bottrop. Erkennbar ist, dass sich hilfsbereite Bürgerinnen und Bürger, das Sozialamt sowie soziale Organisationen erfolgreich um die Unterbringung und Versorgung der nach Bottrop kommenden Menschen bemühen. Wir brauchen nicht nur eine Willkommenskultur, sondern auch eine Willkommensstruktur!**

Nach Meinung der DKP sind dafür mindestens folgende Punkte zu beachten und unerlässlich:

Es ist zu erwarten, dass ein großer Teil der nach Bottrop gekommenen Menschen hier längere Zeit bleiben werden. Es reicht nicht aus, sie für einige Monate zu versorgen, sozusagen dafür zu sorgen, dass sie über den Winter kommen.

Nach Meinung der DKP müssen bereits jetzt unter Beteiligung der politischen Öffentlichkeit Entscheidungen bezüglich - dauerhaften Wohnmöglichkeiten außerhalb von Heimen im ganzen Stadtgebiet;

- Beschulung und Ausbildung sowie
- Arbeitsplätzen

getroffen werden. Dazu müssen sich Politik, Handwerk, Klein- und Großbetriebe, Jobcenter, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kirchen und Flüchtlingshilfe umgehend zu einer Konferenz zusammensuchen, um die Zukunft gemeinsam mit Flüchtlingen zu beraten und zu planen.

Zurzeit werden die hier ankommenden Menschen – sicherlich der Situation geschuldet – „behandelt“, „es geschieht mit ihnen etwas“. Das darf jedoch nicht so bleiben, diese Menschen müssen ihr Mitspracherecht ausüben können. Dazu müssen umgehend Vorkehrungen getroffen werden, das diese mündigen Menschen Vertretungen wählen können, welche die Interessen der Flüchtlinge vertreten und mit denen Stadtverwaltung und Verbänden in Kontakt treten können.

Die örtliche Verteilung der Flüchtlinge in Bottrop ist zurzeit noch sehr einseitig zu Zweidritteln auf den Bottroper Süden konzentriert. Damit werden Chancen zur Integration verbaut.

Zu den weiteren noch nicht erledigten Problemen gehört auch, dass in Bottrop noch immer ca. 1.600 Wohnungen leer stehen, die Flüchtlingen, aber selbstverständlich auch einheimischen Wohnungssuchenden zu günstigen Preisen vermietet werden könnten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn gerade in einer solchen (Not-)Situation der Stadt darf es Wohnungskonzernen nicht erlaubt sein, vom Elend der Menschen entweder zu profitieren oder es durch Vernachlässigung von leer stehenden Wohnungen zu ignorieren.

Das gilt auch für die Katholische Kirche, die ihr Stadthaus lieber leer stehen lässt, um es meistbietend zu verkaufen, als es umgehend zu renovieren und zumindest vorübergehend Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

**Was für „Innovation City“ möglich war, sollte auch für und mit den Flüchtlingen möglich sein. Die DKP fordert einen städtischen Aktionsplan, um den Menschen mit Sprachkursen, KITA-Plätzen, qualifizierter schulischer Bildung, Sozialwohnungen und Arbeitsplätzen eine Integration zu ermöglichen.**

**Michael Gerber, Tel.: 96227**

**Rheinbabenstraße**

# Schlechteste Straße der Stadt

**Der Zustand der Rheinbabenstraße zwischen Velsen- und Scharnhölzstraße ist eine einzige Katastrophe - nämlich eine Holperstrecke.**

Bereits vor Jahrzehnten hatte sich die Siedlergemeinschaft für deren Erneuerung eingesetzt. Die Vestische wollte sich schon weigern, mit ihren Bussen dort durchzufahren. Seit Jahren werden auch im Haushalt der Stadt Bottrop Finanzmittel für die Arbeiten an der Rheinbabenstraße bereitgestellt. Doch Jahr für Jahr geschieht: Nichts!

Bereits bei der Beratung für den Haushalt der Bezirksvertretung Mitte vor einem Jahr war vom Amtsleiter des Tiefbauamtes, Herrn Wilken, zugesagt worden, dass bis Ende 2015 die Ausschreibung für die Erneuerung der Rheinbabenstraße erfolgen und im Jahr 2016 mit dem Bau begonnen werde. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede: Jetzt soll nämlich erst 2016 die Ausschreibung erfolgen. Es droht ein weiteres Jahr, ohne dass etwas geschieht...

Der jetzige Zustand der Straße ist nicht länger zumutbar. Die DKP hat sich jetzt mit Anwohnern getroffen. Mit einer Unterschriftensammlung soll Druck gemacht werden, damit die Rheinbabenstraße wieder befahrbar wird.

**Manfred Plümpe, Tel.: 94135**



**unsere zeit - Jetzt 4 Wochen gratis probelesen!**

Ich möchte die UZ einer Freundin / einem Freund empfehlen. Sendet die UZ 4 Wochen kostenlos an nebenstehende Adresse.

Mein Name: \_\_\_\_\_

Ich möchte die UZ 4 Wochen kostenlos und unverbindlich testen. Bitte sendet sie an meine nebenstehende Adresse.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_  
Das Abo endet automatisch. Der Verlag darf mich nach meiner Meinung zur UZ befragen.

An:  
**CommPress Verlag GmbH**  
 Hoffnungstraße 18  
 45127 Essen

Coupon einsenden oder per Mail schicken:  
 info@unsere-zeit.de  
 Tel.: 0201 - 17 78 89 23 Fax: 0201 - 17 78 89 28



**Wer macht eigentlich die Flüchtlinge...**

**... und wer zahlt dafür?**

**Aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen sie, aus Afghanistan, aus dem Irak, vor allem aus Syrien: Flüchtlinge mittlerweile in Millionenanzahl.**

**In diesen Ländern gab es oder gibt es Bürgerkriege, meist veranlasst durch ausländische, vor allem US-amerikanische Interventionen:**

- im Irak entstand nach der Beseitigung des Diktators Saddam Hussein durch US-Truppen und aus der Perspektivlosigkeit der Iraker unter der Besatzungsmacht der zunächst „ISIL“, dann „ISIS“ und jetzt „IS“ genannte „Islamische Staat“; Resultat: Flüchtlinge aus dem Irak;

- in Afghanistan entstand die Taliban mit Hilfe von CIA und dem pakistanischen Geheimdienst, um die von der Sowjetunion unterstützte Regierung zu beseitigen; Resultat: Flüchtlinge aus Afghanistan;

- die Aufteilung des ehemaligen Jugoslawiens in mehrere Staaten wurde mit NATO-Unterstützung und deutscher Hilfe herbeigebombt, insbesondere im Kosovo fanden ethnische Säuberungen statt, die meisten der neuen Staaten sind nur mehr schlecht als recht überlebensfähig, wirtschaftlich sind sie zum Teil völlig marode; Resultat: Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und - in Syrien versuchten US-amerikanische Geheimdienste mit der Unterstützung und militärischer Ausrüstung islamistischer Gruppen die dortige nichtreligiöse Regierung des Familienklans Assad zu stürzen; Resultat: Flüchtlinge aus Syrien.

Und so ließe sich die Reihe fortführen - die Gemeinsamkeiten sind jedoch offensichtlich. In allen diesen Fällen hat die deutsche Bundesregierung – gleich, welcher Farbgebung – direkt oder indirekt mitgemischt, vorneweg meist die Truppen und „Dienste“ der USA. Alles das hat der deutsche Steuerzahler – Sie, liebe Leserinnen und Leser – bezahlt: Durch den Rüstungshaushalt, die Kosten für Geheimdienste und für die NATO. Und Sie, liebe Leserinnen und Leser, zahlen über die Steuern auch die Folgen: Kosten für Wiederaufbau, Kosten für Kriege gegen Islamisten, die ihren früheren Förderern zu gefährlich wurden – und Kosten für die Flüchtlinge aus den (Bürger-)Kriegsgebieten. Oder haben Sie davon gehört, dass deutsche Rüstungskonzerne für die Folgekosten des Einsatzes ihrer Produkte in den Kriegen herangezogen würden?

Um das Flüchtlingselend zu beenden, heißt es, die NATO-Kriege zu stoppen und Widerstand zu leisten:

- Gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr
- Gegen die Destabilisierung von Regierungen, die sich dem Willen der imperialistischen Länder nicht unterordnen
- Gegen Rüstungsexporte!
- Gegen die NATO – Deutschland muss raus aus der NATO!

Die imperialistischen Staaten gehen für ihre Interessen, für wirtschaftlichen Einfluss, den Zugriff auf Rohstoffe, Ressourcen und Handelswege über Leichen.

**Die Profiteure von Kriegen und Freihandelsabkommen, die zu Verelendung und Flucht in aller Welt führen, sind die gleichen, die die Bevölkerung in Europa und den EU-Ländern und die Menschen in unseren Städten und Kommunen durch Erwerbslosigkeit und Sozialabbau in die Armut treiben: Es sind die deutschen Banken und Konzerne.**

**Machen wir uns nichts vor: Die arbeitenden Menschen in Deutschland und die Flüchtlinge haben die gleichen Gegner! Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen!**

**Jörg Wingold, Tel.: 685911**



**DKP-Vertreter Manfred Plümpe, Herbert Dibowski, Günter Ziemmek und Michael Gerber sowie als Gast Norbert Porwol wollten sich selbst ein Bild von der Situation machen und besuchten eine Flüchtlingsunterkunft, hier die Schule an der Glückaufstraße.**

**Grundschulen**

**Ganzttag findet mehr Anklang**

**Immer mehr Eltern melden ihre Kinder beim offenen Ganzttag (OGS) der Grundschulen an. Inzwischen nehmen 66,4 Prozent aller Grundschüler am offenen Ganzttag teil. An der Konradschule sind es bereits 85 Prozent, der Grundschule Grafenwald 84 Prozent, der Johannesschule 83 Prozent und an der Richard-Wagner-Schule 81,5 Prozent. Bei solch hohen Teilnehmerzahlen fordert die DKP, schrittweise einen „gebundenen Ganzttag“ in den Grundschulen einzuführen. Dann würde auch der Elternbeitrag von monatlich 50 Euro für die OGS entfallen.**

**Bereits jetzt ist bei den hohen Anmeldezahlen der Platz in vielen OGS zu gering. Das Mittagessen muss an einigen Schulen in fünf bis sechs Schichten eingenommen werden. Das ist ein unhaltbarer Zustand! Die DKP fordert ein Raumprogramm für die OGS, damit eine qualifizierte Förderung und Betreuung der Kinder auch am Nachmittag möglich ist.**

**Thomastraße**

**Widerspruch gegen neue Gebühren**

Gegen das Ansinnen der Gemeinnützigen Baugesellschaft (GBB) Gebühren für die Einführung eines „Vollservices“ bei der Abfallentsorgung – nichts anderes als Raus- und Reinschieben von Müllcontainern! – wehren sich (bisher) achtzehn Anwohner der Thomastraße mit einem schriftlichen Widerspruch. Die Mieter fahren ihre Müllbehälter schließlich selbst aus dem Haus. Sie fragen sich auch, auf welche Ideen die GBB noch so alles kommt und fürchten weitere Kosten.

Die NOTIZEN werden über das Ergebnis der Widersprüche berichten..

Seltames und Erhellendes

# Aktuelles aus Rat und Verwaltung

Politik kann manchmal schon ganz lustig sein: Wenn man absurde Anträge zu lesen bekommt oder Pressemitteilungen, zum Beispiel. Da war etwa in der örtlichen Presse die Reaktion der Linkspartei auf die Bemühungen der DKP zu lesen, die vier Filialen der Sparkasse im Bottroper Süden vor der Schließung zu bewahren. Kommt diese Partei doch tatsächlich auf die Idee, einen „Kassenbus“ ins Spiel zu bringen, der den Bottroper Süden abfahren soll!

Wenn die Linkspartei sich schon nicht an der Unterschriftensammlung gegen die Schließung beteiligen will oder kann, kommt sie mit so einer putzigen Vorstellung über die Dörfer – denn genau in einigen Dörfern gibt es tatsächlich solch einen Sparkassenbus, auf dem platten Land, wo nur ein Dutzend Kunden zu betreuen sind.

\*\*\*\*\*

Ähnlich amüsant der Vorstoß von Bezirksbürgermeister Kucharski (SPD), der meinte, statt der vier Filialen der Sparkasse müsse ein Geldautomat her. Einer! Für den ganzen Bottroper Süden!! Der Mann gehört in den Rat – den Elferrat!!

\*\*\*\*\*

In der Etatdebatte kam die CDU mit einem Vorschlag in die Presse: Eine Strassenbahnlinie bauen! Darunter macht man es nicht! Diese Idee hat einen solchen Bart, dass der bereits den Fußboden erreicht. In den Siebzigern wurden in Bottrop die letzten Straßenbahnlinien dicht gemacht – dass die CDU damals ähnlich wie die DKP protestiert hätte, ist nicht bekannt. Grundsätzlich ist die Idee ja nicht schlecht und je nach Streckenführung sogar auch durch die DKP zu unterstützen. Nur: Sonst will die CDU überall sparen, vor allem am Personal der Stadt – und will doch Geld ausgeben. Käme der Vorschlag

von der DKP, würde die CDU Gift und Galle spucken.

\*\*\*\*\*

Das Ansinnen der ödp, mit dem Rasenmäher fünf Prozent der Personalkosten einzusparen ist gar nicht lustig – aber die Reaktion der Verwaltung! Da hat selbst das Personalamt, berüchtigt für Personalkürzungen, in einer Broschüre mitgeteilt, dass das nicht geht!

Im Gegenteil, es wird mehr Personal benötigt: Bei der Feuerwehr zum Beispiel oder beim Sozialamt. Das Personalamt spricht sich gegen Personaleinsparungen aus – das ist mal was Neues!

\*\*\*\*\*

Die Grünen stellten im Sozialausschuss einen durchaus vernünftigen Antrag zur Krankenversorgung von Flüchtlingen, die Vertreterin zog ihn dann jedoch zurück. Der Antrag wird auf Vorschlag der Linkspartei und der DKP dann doch abgestimmt – die Grünen-Vertreterin enthält sich! So macht man konsequente Politik – bei den Grünen...

\*\*\*\*\*

Eine seltsame Angelegenheit spielte sich zwar schon im Sommer ab, wurde aber bisher kaum beachtet: Kurzfristig vor den Sommerferien wurde noch der Bau- und Verkehrsausschuss eingeladen, um einer Scharade beizuwohnen. Es ging dabei in nichtöffentlicher Sitzung um die Ausschreibung des Projekt- und Quartiersmanagements im Rahmen von Innovation City. Die Verwaltungsspitze, bestehend aus Oberbürgermeister Tischler, Dezernent Höving sowie den Abteilungsleitern Kleinheins und Wilken hatte in einem Auswahlverfahren drei Bewerber ermittelt, die ihre Vorstellungen präsentieren sollten. Kurios bei dem Auswahlverfahren: Erst in dessen Verlauf wurde festgestellt, dass der OB befangen war...

Ein Bewerber sagte vor der Vorstellung im Ausschuss kurzfristig ab. Die Präsentation der Innovation-Management GmbH war lustlos bis desinteressiert. Richtig spannend wurde das Schauspiel erst, als die beiden großen Fraktionen SPD und CDU zu begründen versuchten, warum sie trotzdem der Innovation City Management GmbH den Zuschlag gaben. Filz? Aber doch nicht in Bottrop! SPD und CDU haben offenbar keine Skrupel, eine Schmierkomödie aufzuführen.

\*\*\*\*\*

## Flieger, grüss uns die Kosten

# Flugplatz Schwarze Heide: Zuschuss wird wieder höher

Vor dem Bürgerentscheid zum Flugplatz Schwarze Heide hatten SPD und CDU angekündigt, die Verlustabdeckung künftig schrittweise kräftig zu senken. Davon ist jetzt keine Rede mehr. Im Haushalt für 2016 wird der Zuschuss um 6.000 Euro auf 129.000 Euro angehoben. In den kommenden Jahren soll er nur pro Jahr um 1.000 Euro gesenkt werden. Nach dem Motto: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern“, wird beim Flugplatz Schwarze Heide einfach weitergemacht, wie bisher und das Geld der Bürger in der Kirchhellener Heide versenkt! Die DKP fordert, dass die Stadt Bottrop nur die im Gesellschaftsvertrag vorgesehene Summe von 25.000 Euro Verlustabdeckung finanziert.



**DKP-Vertreter halfen im Sommer bei Angeboten des Fördervereins Stenkhoffbad - wie hier Manfred Plümpe mit den Wasserbällen. Es gab auch noch elektrisch betriebene Bötchen für die Kinder. Bleibt zu hoffen, dass das Wetter im kommenden Sommer anhaltend(er) sonnig wird.**

Eine ganze Seite nur zum Thema Miete (und ihren Nebenwirkungen!)

## Was müssen Sie als Mieter bei Modernisierungen akzeptieren?

**Sie haben Post von Ihrem Vermieter erhalten und freuen sich schon über Modernisierungsmaßnahmen, die in Ihrem Miets- haus durchgeführt werden sollen - ein gefliestes Bad, ein Balkon oder vielleicht eine Zentralheizung? Doch was oft vergessen wird: solche Träume verkehren sich oft in einen Albtraum von Dreck, Lärm und saftigen Mieterhöhungen. Also empfiehlt es sich, als Mieter seine Rechte genau zu kennen und auf deren Einhaltung zu achten.**

Zu einer geplanten Modernisierung bedarf es nicht des Einverständnisses des Mieters. Sie müssen also keine Einverständniserklärung unterschreiben. Es muss sogar eher vor einer solchen Unterschrift gewarnt werden, da solche Erklärungen Klauseln enthalten können, die Ihre Rechte beschneiden, wie z. B. der Verzicht auf Schadensersatzansprüche!

Der Vermieter muss die Bewohner drei Monate vor Beginn der Arbeiten schriftlich informieren. Es müssen Beginn und Dauer der Maßnahmen sowie deren Umfang enthalten sein und auch das Ausmaß der zu erwartenden Mieterhöhung muss angegeben werden.

Obwohl eine generelle Duldungspflicht der Mieter besteht, haben sie ein Widerspruchsrecht, wenn die geplanten Maßnahmen eine unzumutbare Härte darstellen. Dies ist der Fall, wenn eine teure Luxusmodernisierung vorliegt oder wesentliche Veränderungen der Wohnfläche vorgenommen werden, die Arbeiten kurz vor Auszug des Mieters oder im Winter (etwa Austausch der Heizungen) durchgeführt werden oder wenn Sie mit Zustimmung des Vermieters Ihre Wohnung selbst modernisiert haben und dadurch die geplanten Maßnahmen hinfällig werden. Auch wenn Sie zu krank, zu alt oder schwerbehindert sind, kann Ihnen ein zeitweiliger Umzug nicht zugemutet werden.

Ein Widerspruch muss allerdings innerhalb eines Monats nach Erhalt der Modernisierungsankündigung dem Vermieter vorliegen, am besten als Einschreiben. Dann sollten Sie auch auf keinen Fall Handwerker in Ihre Wohnung lassen, das würde dann als Zustimmung gelten, es sei denn, in Ihrer Wohnung ist eine wichtige Reparatur durchzuführen.

Sollte Ihre Wohnung während der Modernisierungsarbeiten zeitweise unbewohnbar werden, können Vermieter den vorübergehenden Umzug in eine angemessene Ersatzwohnung verlangen.

Was gilt überhaupt als Modernisierung? Nur Maßnahmen, die den Gebrauchswert der Wohnung nachhaltig erhöhen und auf Dauer die Wohnverhältnisse verbessern., z.B. Energiesparmaßnahmen. Aber Achtung ! Häufig versuchen Vermieter, Instandhaltungsmaßnahmen wie Reparaturen an Heizungen, Wasser- oder Stromleitungen sowie den Austausch morschere Fenster als Modernisierung anzugeben. Auf diese Instandsetzungsmaßnahmen haben Sie als Mieter ohnehin Anspruch!

Darf der Vermieter denn eine Kündigung aufgrund einer geplanten Modernisierung aussprechen? Nein, eine solche Maßnahme ist kein Grund, Ihnen die Wohnung zu kündigen! Als Mieter haben Sie jedoch im Modernisierungsfall ein Sonderkündigungsrecht. Zum einen nach Zugang der Ankündigung (Frist: Ende des auf die Ankündigung folgenden Monats bis zum Ende des übernächsten Monats). Trifft die Ankündigung also am 7. März ein, so

muss die Kündigung spätestens bis zum 30. April erfolgen. Das Mietverhältnis endet dann am 31. Juli.

Zweiter Sonderkündigungstermin ist nach Abschluss der Maßnahmen bei Inkrafttreten der Mieterhöhung. Sie haben dann das Recht, bis zum Ablauf von zwei Monaten nach Zugang des Erhöhungsschreibens zu kündigen. Wenn Sie beispielsweise Ihre Mieterhöhungsankündigung im März erhalten, können Sie bis Ende Mai kündigen und zwar zum 31. Juli.

Sind die Modernisierungsmaßnahmen abgeschlossen, darf der Vermieter 11 Prozent der Kosten auf die Jahresmiete umlegen. Natürlich muss diese Erhöhung auch schriftlich angekündigt sein. Frühestens zum Beginn des dritten Monats nach Zugang des Schreibens darf die Mieterhöhung fällig werden. In dieser Erklärung müssen alle Maßnahmen und Kosten einzeln aufgeführt und aufgeschlüsselt werden und auf die einzelnen Wohnungen umgerechnet sein.

Gibt es denn Ersatzansprüche der Mieter an den Vermieter? Ja, die Kosten, die den Bewohnern durch die Modernisierung entstehen, wie zum Beispiel die Reinigung des Treppenhauses, eventuelle Beschädigung der Möbel oder der Deko müssen vom Vermieter übernommen werden. Ist die Wohnung während der Arbeiten nicht benutzbar, können Mieter die anderweitige Unterbringung der Möbel sowie die Kosten für eine Unterkunft (z. B. Hotel) dem Vermieter in Rechnung stellen.

Am besten lassen Sie sich im Falle von Modernisierungsmaßnahmen und Mieterhöhungen vom Mieterverein oder einen Anwalt für Mietrecht beraten, da allgemeine Informationen niemals die persönlich Beratung ersetzen kann.

**Birgit Lüttke-Jordan, Tel: 0157-35351077**



**damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!**